



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Stand vom 21.11.2025 10:20:55 bis 21.11.2025 10:29:41

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001623
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	21.11.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: BDSV e.V. atrium Friedrichstraße 60 10117 Berlin Deutschland
	Telefonnummer: +4930206189900 E-Mail-Adressen: bdsv@bdsv.eu Webseiten: www.bdsv.eu

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1.130.001 bis 1.140.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

4,70

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Armin Papperger

Funktion: Präsident/Vorstandsmitglied

2. Ralf Ketzel

Funktion: Vizepräsident/Vorstandsmitglied

3. Oliver Burkhard

Funktion: Vorstandsmitglied

4. Oliver Dörre

Funktion: Vorstandsmitglied

5. Helmut Rauch

Funktion: Vorstandsmitglied

6. Stefan Thomé

Funktion: Vizepräsident/Vorstandsmitglied

7. Tim Wagner

Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (20):

1. Dr. Hans Christoph Atzpodien

2. Andreas von Büren

3. Roland Haag

4. Peter Scheben

5. Karsten Lepper

6. Charline Runge

7. Nikolas Meisch

8. Luisa Mohn

9. David Jansen

10. Marc Helmig

Tätigkeit bis 01/25:

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

11. Fenja Wiluda

12. Antonia-Marie Kratz

13. **Elias Sedlmayr**

14. **Cathrin Wilhelm**

15. **Armin Papperger**

16. **Ralf Ketzel**

17. **Oliver Burkhard**

18. **Helmut Rauch**

19. **Stefan Thomé**

20. **Tim Wagner**

Gesamtzahl der Mitglieder:

335 Mitglieder am 26.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (7):

1. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
2. Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V.
3. Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.
4. AeroSpace and Defence Industries Association of Europe - ASD
5. Förderkreis Deutsches Heer e.V.
6. Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe e.V.
7. Deutsches Maritimes Institut e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Außenpolitik; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Institutionelle Fragen der EU; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Extremismusbekämpfung; Kriminalitätsbekämpfung; Terrorismusbekämpfung; Bundeswehrangelegenheiten; Rüstungsangelegenheiten; Verteidigungspolitik; Industriepolitik; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) bündelt die fachlichen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und bringt diese in politische und administrative Entscheidungsprozesse auf Bundesebene ein.

Hierzu sucht er den direkten Austausch mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Bundesministerien und nachgeordneten Behörden, erstellt Fach- und Positionspapiere, verschickt gezielte Anschreiben, veranstaltet eigene Fach- und Dialogforen und beteiligt sich an Anhörungen. Er nimmt insbesondere Stellung zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen der Bundesregierung, etwa in den Bereichen Beschaffungswesen, Cyber- und Informationssicherheit, Außenwirtschafts- und Exportkontrolle sowie Maßnahmen des Bürokratieabbaus, und unterstützt den Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Industrie durch Fachveranstaltungen mit Einladung politischer Entscheidungsträger.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. Verhinderung des Rüstungsexportkontrollgesetzes (REKG)

Beschreibung:

Die Koalitionspartner – SPD, FDP und B90/Die Grünen haben im Koalitionsvertrag (KV) vereinbart, sich für ein nationales (REKG) einzusetzen. Hierzu liegen bislang lediglich nicht in der BReg abgestimmte Eckpunkte des BMWK als Grundlage für einen Referentenentwurf vor. Prioritäres Ziel des BDSV ist es, ein solches Gesetz zu verhindern, da bereits heute alle rechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung einer restriktiven Exportkontrolle vorliegen. Als verantwortungsvolle Branche begrüßen wir eine konsequente und entsprechend umsichtige deutsche Rüstungsexportkontrollpolitik. Im Kontext europäischer Rüstungskooperation gilt es nun, nicht durch einen nationalen Sonderweg die Harmonisierung von Rüstungsexportkontrolle mit unseren europäischen Partnern zu erschweren.

Interessenbereiche:

Außenwirtschafts [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190063 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWk) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Verhinderung von Teilaspekten NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz

Beschreibung:

Bei der Umsetzung der NIS-2-Richtlinie in nationales Recht ist eine Bereitstellung von Informationen, deren Offenlegung wesentlichen Interessen der Mitgliedstaaten im Bereich der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Sicherheit oder der Verteidigung zuwiderlaufen würde, auszuschließen. Die Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen sind zu wahren. Aufwand und Nutzen müssen in einem auch für klein- und mittelständische Unternehmen vertretbaren Verhältnis stehen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 380/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]

3. CSDDD - Ausnahme von Gütern die Staatlichen Export Kontrolle unterliegen.

Beschreibung:

Der BDSV setzt sich dafür ein, dass die CSDDD eine Ausnahme enthält, nach der Güter, die der Staatlichen Exportkontrolle unterliegen, von der Prüfung der Sorgfaltspflichten in der nachgelagerten Value Chain ausgenommen sind, wenn eine Staatliche Export Genehmigung vorliegt.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenpolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu];

Bundeswehrangelegenheiten [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu];

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

4. Aufmerksamkeit schaffen hinsichtlich der EU REACH-Verordnung

Beschreibung:

Die REACH-Verordnung regelt die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe in der Europäischen Union. Die Interessenvertretung hat dabei das Ziel, die Perspektive der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie einzubringen, und den Entscheidungsträgern die faktische Grundlage zu geben, über entsprechende Stoffe zu entscheiden.

Ziel ist es dabei, die Fähigkeiten der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu stärken, was wiederum die Sicherheit in Deutschland und Europa fördert.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Rüstungsangelegenheiten [\[alle RV hierzu\]](#); Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

- 1. SG2406190038 (PDF - 1 Seite)**

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

- 2. SG2409250005 (PDF - 26 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 19.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. Versorgungs- und Lieferkettenresilienz bei Rüstungsvorhaben im Sinne einer Resilienzwirtschaft

Beschreibung:

Steigerung der Versorgungssicherheit und Lieferkettenresilienz für Auftraggeber und Auftragnehmer bei militärischen Beschaffungsvorhaben sowie eine Beschleunigung der Bearbeitungszeit von rüstungs-relevanten Prüf- und Genehmigungsverfahren. Die hierfür relevanten Gesetze und Verordnungen sollen auf entsprechenden Überarbeitungsbedarf überprüft werden: Bundesimmissionsschutzgesetz, Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze, u. a. Wirtschaftssicherstellungsverordnung, Sicherheitsüberprüfungsgesetz, Kriegswaffenkontrollgesetz, Bundeshaushaltsgesetz, Bundeshaushaltsordnung, Sustainable Finance Disclosure Regulation (2019/2088), EU REACH-Verordnung (1907/2006), EU POP-Verordnung (2019/1021).

Betroffenes geltendes Recht:

SÜG [alle RV hierzu]; BlmSchG [alle RV hierzu]; KrWaffKontrG [alle RV hierzu]; WiSiV [alle RV hierzu]; HG 2024 [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bundeswehrangelegenheiten [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

- SG2406190041** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2407160018** (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]
Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2412200033** (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. **Gesetzänderung Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG) - Herstellgenehmigung**

Beschreibung:

Nach § 12 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen können die Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie unter dieses Gesetz fallende Rüstungsgüter („Kriegswaffen“) nicht in Vorleistung oder auf Vorrat produzieren, da deren Herstellung nur aufgrund einer festen Abnahmegarantie in Form von entsprechend verbindlichen Aufträgen möglich ist.

Um Produktion auf Vorrat und das Anlegen einer „Resilienzreserve“ zu ermöglichen, bedarf es hier einer entsprechenden Gesetzes-Änderung.

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Außenpolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu];
Bundeswehrangelegenheiten [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu];
Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

7. Positive Inklusion von Rüstung in Nachhaltigkeitsregulatorik

Beschreibung:

Die Rüstungsindustrie steht - nicht nur in Deutschland - immer noch vor dem Problem, dass Investmentfonds und bis zu einem gewissen Grad auch Privatbanken immer noch zögern, in Rüstungsgüter zu investieren. Wir fordern ein bindendes Regelungsvorhaben das Rüstung für EU und NATO Streitkräfte als positiv nachhaltig kategorisiert, ähnlich der Kategorisierung von Kern-Energie in der Umwelt Taxonomie.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu];
Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2406190055 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2406190059 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. SG2412200023 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.12.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen alle SG dorthin

Mitglieder des Bundestages alle SG dorthin

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) alle SG dorthin

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) alle SG dorthin

4. SG2412200024 (PDF - 4 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 24.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages alle SG dorthin

8. Einführung eines Maßnahmenkatalogs zum Bevölkerungsschutz/Zivil- und Katastrophenschutz**Beschreibung:**

Mit dem „Maßnahmenkatalog zum nationalen Neustart für die Resilienz im Bevölkerungsschutz / Zivil- und Katastrophenschutz“ zeigt der BDSV konkrete Handlungsleitlinien auf, um einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu verfolgen.

Zur Verbesserung des Zivilschutzes in Deutschland sollen entsprechende finanzielle Mittel im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe alle RV hierzu; Bundeswehrangelegenheiten alle RV hierzu; Cybersicherheit alle RV hierzu; Industriepolitik alle RV hierzu; Rüstungsangelegenheiten alle RV hierzu; Verteidigungspolitik alle RV hierzu; Wissenschaft, Forschung und Technologie alle RV hierzu

Stellungnahmen/Gutachten (1):**1. SG2406190047 (PDF - 1 Seite)****Adressatenkreis:**

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundestag

Gremien alle SG dorthin

Mitglieder des Bundestages alle SG dorthin

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. Veränderung European Defence Industry Program (EDIP)

Beschreibung:

Das EDIP soll einen ganzheitlichen strategischen Rahmen für eine umfassende europäische Zeitenwende auf sicherheits- und verteidigungsindustriopolitischer Ebene darstellen. Es ist ein, auf die zuvor veröffentlichte EDIS folgender, konkreter Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Rüstungsangelegenheiten [\[alle RV hierzu\]](#); Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- 1. SG2406190049 (PDF - 5 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

10. Haushaltsgesetz für den Bundeshaushalt 2025

Beschreibung:

Ohne eine Anpassung des EPL 14 im Bundeshaushalt 2025 sowie der mittelfristigen Finanzplanung kann weder die Zeitenwende für die Bundeswehr noch die NATO- Quote von mindestens „2% des BIP“ erreicht werden und die Zeitenwende für die Bundeswehr nicht gelingen.

Daher wird es notwendig werden, die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für 2025 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung deutlich zu erhöhen, damit die Soldatinnen und Soldaten die von der Politik erteilten Aufträge auch erfüllen können, ohne dabei an Schutz für Leib und Leben einzubüßen.

Zusätzlich müssen für die Verbesserung der Resilienz und zum Schutz kritischer Infrastrukturen sowie einer Verbesserung des Zivilschutzes in Deutschland entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

HG 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Bundeswehrangelegenheiten [alle RV hierzu]; Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409270013 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

11. Änderung des Aussenwirtschaftsgesetzes

Beschreibung:

Für die deutsche Investitionsprüfung sind die maßgeblichen Rechtsgrundlagen das Außenwirtschaftsgesetz („AWG“) und die Außenwirtschaftsverordnung („AWV“).

Wir halten es im Bereich der sektorspezifischen Prüfung gem. §§ 60 ff. AWV seitens des BMWK für geboten, den Zusammenhang zwischen dem Strategiepapier vom 12. Februar 2020 und der aktuellen Rechtslage bei der Investitionsprüfung auch unter dem Gesichtspunkt der Eingriffe in das Grundrecht gemäß Art. 14 GG und der daran anknüpfenden Verhältnismäßigkeits-Prüfung nochmals zu betrachten. Hierbei regen wir an, den Katalog der Schlüsseltechnologien gemäß dem Strategiepapier zu Stärkung der nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Hinblick auf das Investitionsschutzinteresse entsprechend zu erweitern.

Betroffenes geltendes Recht:

AWG 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

12. Veränderung des KRITIS Dachgesetz**Beschreibung:**

Bei der Umsetzung der KRITIS-Richtlinie in nationales Recht wird eine Einbeziehung der Industrie gefordert.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 550/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13961 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]

13. Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (SÜG)**Beschreibung:**

Veränderung von Teilespekten des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (SÜG).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14041 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SÜG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Rüstungsangelegenheiten [\[alle RV hierzu\]](#); Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2408050014](#) (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.07.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2506260018](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 22.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

14. Festschrift des 2%-Ziel im Grundgesetz**Beschreibung:**

Um die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und der NATO langfristig sicherzustellen, fordern wir ein Festschreiben des NATO-2%-Ziels im Grundgesetz.

Betroffenes geltendes Recht:

[GG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Rüstungsangelegenheiten [\[alle RV hierzu\]](#); Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412200029 \(PDF - 1 Seite\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

15. Bürokratieabbau zugunsten der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Beschreibung:

Wenn Europa wirtschaftlich und militärisch stärker werden will, darf Bürokratie nicht zur Bremse werden. Gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie machen wir daher konkrete, pragmatische Vorschläge, welche bürokratischen Vorschriften geändert werden müssen, damit Investitionen schnell und effektiv in einen Aufbau von militärischen Fähigkeiten fließen und nicht in endlosen Verwaltungsprozessen zu versickern.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Rüstungsangelegenheiten [\[alle RV hierzu\]](#); Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503170017 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

16. Vorschläge für ein regulatorisches Rüstungsbeschleunigungspaket

Beschreibung:

Für den Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV) ist es ein essentielles Anliegen, die absehbar zur Verfügung stehenden Haushaltssmittel schnellstmöglich in eine verbesserte Ausrüstung für die Bundeswehr umzusetzen. Dazu gehören auch regulatorische Beschleunigungsmaßnahmen. Uns geht es darum, regulatorische Stellschrauben aufzuzeigen, die zu einer Rüstungsbeschleunigung beitragen können. Die enthaltenen Vorschläge knüpfen an die Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie vom 04.12.2024 und die im Koalitionsvertrag vom 05.05.2025 angekündigten Gesetzesvorhaben an.

Betroffenes geltendes Recht:

[KrWaffKontrG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BLG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BiMSchG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SÜG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [MinÖlBewV 1988](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [ProdHaftG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [LuftVerkSiV](#) [\[alle](#)

RV hierzu]; SeeVerkSiV [alle RV hierzu]; WiSiG 1965 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]; BauNVO [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; BetrSichV 2015 [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]; VSVg [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2506230027 (PDF - 23 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2507070005 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Versendet am 03.07.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

17. Vorschläge zur Evaluierung des Waffenrechts

Beschreibung:

Die SVI in Deutschland ist Teil der nationalen Sicherheitsarchitektur. Die Unternehmen unterliegen strikten Genehmigungs- und Nebenpflichten aus verschiedenen Rechtsvorschriften. Genehmigungen z.B. nach den Vorschriften des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG), denen des Waffengesetzes (WaffG) oder Sprengstoffgesetzes (SprengG) und des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) werden erst bei Nachweis bestimmter Voraussetzungen erteilt. Die Genehmigungspflichten stellen in

Verbindung mit den Nebenpflichten und Kontrollen durch die zuständigen Aufsichtsbehörden die staatliche Kontrolle sicher, ebenso den Schutz der Sicherheit und öffentliche Ordnung. Ziel der Vorschläge ist eine Entbürokratisierung und Präzisierung der bestehenden Vorschriften zum Vorteil der Unternehmen wie auch der Verwaltung.

Betroffenes geltendes Recht:

WaffG 2002 [alle RV hierzu]; KrWaffKontrG [alle RV hierzu]; SprengG 1976 [alle RV hierzu]; AWG 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510170006 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.10.2025 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.410.001 bis 2.420.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Rheinmetall AG
2. Airbus Defence & Space GmbH

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Jahresabschluss-2023.pdf](#)